

Alle auf nach Davos

Demokratische Rechte sind nicht verhandelbar

Das Motto des World Economic Forum 2003 heisst „Vertrauen bilden“ ... mit kilometerlangem Stacheldraht, Absperrungen und Panzern?

Das Misstrauen der Bundes- und Kantonsbehörden ist beinahe verständlich. Denn waren unter den Mitgliedern des Verwaltungsrates dieser – verehrten, wenn auch nicht ehrwürdigen - Stiftung des WEF nicht auch „globale Gauner“ wie die ehemaligen Chefs von Enron vertreten? Dafür zu sorgen, dass solche Gangster in Anzug und Krawatte die verschneite Landschaft Davos nicht verunreinigen, das wäre wirklich verdienstvoll gewesen. Aber natürlich nimmt die polizeiliche Überwachung durch Bund und Kantone eben gerade nicht diese „Unternehmer von Weltrang“ ins Visier.

Methoden von neoliberalen Bossen

Die militärischen und polizeilichen, gegen die Demokratie gerichteten Massnahmen zu Lasten all jener, die ihre Meinungsverschiedenheit mit den CEO, den Führern der Welt kundtun wollen, kommen nicht aus heiterem, durch helvetische FA-18 überwachtem Himmel. Sie stehen vor allem in Verbindung zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld, in dem sich dieses WEF 2003 abspielt. Die Tageszeitung der Londoner City Financial Times nennt die Dinge beim Namen: „Der Personenkult der Konzernchefs wurde durch das Platzen der Börsenblase, den Einbruch der Profite und eine Reihe

von Skandalen bei grossen US-Firmen erschüttert.“ (21.1.2003, S.14)

Hier haben wir kurz und bündig die Beschreibung einer sichtbaren Dimension der Krise des globalisierten Kapitalismus. Diese Krise führt dazu, dass Millionen Menschen die „Verwaltung des Planeten“ nicht mehr jenen anvertrauen wollen, die sich um die Finanzergebnisse ihrer Unternehmen und das Wohlergehen ihres privaten Portfolios kümmern.

Immer mehr Frauen und Männer erkennen den Zusammenhang, der zwischen dem privaten und rentablen Management der Konzerne und dem Abbau von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen, der Verschärfung der Arbeitsrhythmen oder der Diskriminierung von MigrantInnen besteht.

Aus eigener Erfahrung wissen sie ausserdem, dass die CEO bei jeglichem Widerstand nach der Polizei oder dem „Recht“ rufen, um einen Streik, eine Demo oder die Besetzung einer Fabrik zu verbieten.

In Davos und in der Schweiz wendet der Bundesrat dieselben Massnahmen an wie seine Gäste des WEF es in der ganzen Welt gegen Lohnabhängige und Arbeitslose tun.

Schlimmer noch: Kaum jemand zeigt sich überrascht oder empört darüber, dass die demokratischen Rechte von schweizerischen BürgerInnen und allen EinwohnerInnen dieses Landes mit Füßen getreten werden, um – so heisst es – einen Justizminister der USA zu beschützen: John Ashcroft. Dabei handelt es

Fideris: Anlage zur Kontrolle und Registrierung aller DemoteilnehmerInnen.



sich um eine Person, von der die offizielle britische Fernsehstation BBC Folgendes sagte: „Er ist für die Todesstrafe, gegen das Recht auf Abtreibung, gegen die Rechte von Homosexuellen und gegen Waffenkontrollen (in den USA)“ (Dienstag, 16. Januar 2001, 17.53 Uhr).

Ein Bundesrat, der unter Einfluss steht

Der Bundesrat ist stolz auf die „helvetische Souveränität“. Doch der amerikanische Freund ist einflussreich. Einer der angesehensten Redaktoren der Financial Times, Guy de Jonquières, betont: „Die (KundgebungsteilnehmerInnen) werden auf Druck der USA, die eine hochrangige Delegation schicken, sorgfältig überwacht“ (21.1.2003, S.14). Um den Vertretern der Speerspitze der weltweiten neo-konservativen Gegenreform, das heisst der „hochrangigen amerikanischen Delegation“ zu gefallen, werden folgende Streitkräfte mobilisiert: 1) 1'500 WK-Soldaten; 2) 300 so genannte Berufssoldaten; 3) „eine unbekannte Zahl“ (NZZ, 19.1.2003) von Polizeikräften der Kantone; 4) 250 Securitas; 5) scharf bewaffnete FA-18; 6) Helikopter und andere Flugzeuge; 7) Wasserwerfer der bayrischen Polizei; 8) Grenzkontrollen durch die österreichische Armee. Im Sicherheitsbereich gilt die Schuldenbremse nicht.

Demokratie „nach Fideriser Art“

Schliesslich wird eine Anlage zur Kontrolle und Registrierung aller DemoteilnehmerInnen beim Bahnhof Fideris (zwischen Landquart und Davos) eingerichtet. Die Polizei kann hier gemäss einer altbekannten helvetischen Tradition aus dem Vollen schöpfen: Frauen und Männer aus Zügen aussteigen lassen, sie registrieren und zurückweisen oder „aufnehmen“.

Es ist nicht notwendig, an den Zweiten Weltkrieg zu erinnern. Weniger lang ist es her, als Hunderttausende Saisoniers vergleichbaren Kontrollmassnahmen unterworfen wurden. Heutzutage werden Zehntausende AsylbewerberInnen im Fideriser Stil verlesen.

Ein neues Gesetz wird faktisch durchgesetzt. DemoteilnehmerInnen werden schuldig oder frei gesprochen, je nach Polizeiwillkür, bevor sie demonstrieren. Hierin liegt der tiefere Sinn des Filzens und Filterns in Fideris.

Die berühmten Methoden der Bundespolizei (Bupo), der politischen Polizei, die präventiven Polizeimassnahmen sind wieder da, in alter Frische. In diesem System wird der nicht weiter begründete Verdacht einer „potentiellen Schuld“ einer Person zum Beweis, der es der Polizei erlaubt, sie nicht nur zu kontrollieren, sondern auch festzunehmen und daran zu hindern, an einer Demo teilzunehmen. Was jemand tut, zählt nicht mehr. Die einer Person durch die Behörden unterstellten Absichten werden zur Regel der Repression. Diese Methode war in der Sowjetunion bekannt und gilt in China weiterhin.

Die Schande der SP

Wie ist es möglich, dass Reto Gamma, Sekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und ehemaliger Animator der Kampagne gegen die Bundespolizei (Anfang 90er Jahre), im Namen der SPS diese Massnahmen gutheisst? In einer Mitteilung vom 21. Januar lässt die SPS verlauten, dass die Kontrollen in Fideris „zwar lästig, aber offenbar nötig“ seien. Dann wird ganz im damaligen Originalton der Anhänger der Bundespolizei fortgefahren, sie seien auch „konform mit der Bundesverfassung“.

Aber es kommt noch schlimmer: Die SP schreckt nicht davor zurück, die „Kriegstreiber aus den USA“ – das heisst Colin Powell, den die sozialdemokratische Bundesrätin Micheline Calmy-Rey unbedingt sprechen will – auf dieselbe Ebene zu stellen wie einige störende „Splittergruppen im Oltener Bündnis“. Schon der Stil der Pressemitteilung stinkt nach „Verpfeifen“ und Diffamierung.

Was in sozialer und demokratischer Hinsicht auf dem Spiel steht

Sei es in Genf 2000 oder in Florenz 2002: Es mangelt nicht an Erfahrungen, die aufzeigen, dass die in der Bewegung für eine andere Welt engagierten Menschen dazu fähig sind, auf vielfältige Art und Weise ihrem Protest gegen die real existierende Welt und ihre selbst ernannten Verantwortungsträger Ausdruck zu verleihen. Sie wissen, dass ihre Stärke in der grossen Zahl liegt.

Die gesamten Sicherheitsmassnahmen verfolgen zwei Ziele. Erstens soll ein Klima geschaffen werden, dass Frust erzeugt. Und weshalb nicht zahlreiche Provokationen durch die „unbekannte Zahl“ von Polizisten anordnen, wie es 2001 in Genua getan wurde. Im Namen der Sicherheit wollen die Behörden sicherstellen, dass die demokratische Kraft der grossen Zahl nicht zum Ausdruck kommt.

Zweitens geht es um die Einrichtung eines so genannten Sicherheitssystems, an das sich die Menschen gewöhnen sollen. In Wirklichkeit besteht seine Funktion heute in erster Linie daraus, die sozialen Bewegungen zu kriminalisieren. In Zeiten der Krise und Arbeitslosigkeit haben die Unternehmer und die Rechte seit jeher auf Sicherheitsmanöver, Repression und nationalistische Ausländerfeindlichkeit zurückgegriffen.

Für uns ist klar, auf wessen Seite wir stehen. So viele Leute wie möglich müssen nach Davos gehen. All jene, die erneut oder erstmals hingehen wollen. All jene, die schockiert sind und die Bedeutung davon verstehen, in Davos zu sein, nur schon um die demokratischen Rechte zu verteidigen. Und um dagegen zu protestieren, dass die Landschaft Davos an Orwells Buch 1984 erinnert.

Die demokratische Bedeutung einer Demo für eine andere Welt in der Schweiz war noch nie so gross wie heute. – 21. Januar 2003